

Nidwaldner Zeitung

Donnerstag, 22. November 2018

AZ 6002 Luzern | Nr. 270 | Fr. 3.50 | € 4.- www.nidwaldnerzeitung.ch



Marina Carobbio

Im Nationalrat werden
Sitzungen bald auf
Italienisch geleitet. 4

Bundesrat gibt klein bei

Migrationspakt Die Schweiz stimmt dem UNO-Migrationspakt vorläufig nicht zu. Der Bundesrat hat gestern beschlossen, der Konferenz vom Dezember fernzubleiben, an welcher der Pakt verabschiedet wird. Dies, nachdem zuletzt im Parlament vermehrt Kritik am UNO-Papier aufgekommen war. Diverse Vorstösse dazu wurden eingereicht.

Der Bundesrat ist nach wie vor überzeugt, dass der Migrationspakt den Interessen der Schweiz entspricht. Dieser bezwecke nämlich eine geordnete Migration, was zum Rückgang der irregulären Migration beitragen würde, schreibt er. (sda)

Kommentar 6. Spalte 6

Lauber rechtfertigt heikle Treffen

Bundesanwalt Michael Lauber verteidigt seine zwei Treffen mit Fifa-Präsident Gianni Infantino im Jahr 2016. Die Gespräche auf übergeordneter Ebene seien erforderlich gewesen, um Fragen zum Verfahrenskomplex Fussball zu klären. Sie hätten keinen direkten Einfluss auf die laufenden Verfahren gehabt, so Lauber.

An der strikten Trennung zwischen Bundesanwalt und verfahrenleitenden Staatsanwälten gibt es aber auch Zweifel. Ein ehemaliger Staatsanwalt sagt, die Informationen aus diesen Treffen würden zum verfahrenleitenden Staatsanwalt gelangen, ansonsten sei «die ganze Übung sinnlos». (dlw/sda) 3

Firma kämpft für Passagierrechte

Flugverkehr Ist ein Flug mehrere Stunden verspätet oder wird er gar gestrichen, können Passagiere von der Fluggesellschaft eine Entschädigung von bis zu 600 Euro einfordern. Seit die Schweiz eine entsprechende EU-Verordnung übernommen hat, gilt dies auch für Schweizer Passagiere.

In der Praxis kommen diese trotzdem schlechter weg als europäische. Dies, weil nicht alle Fluggesellschaften ihrer Pflicht nachkommen. «Die Airlines können abwarten, bis die Behörden aktiv werden», bemängelt Fluggastexperte Simon Sommer von der Firma Cancelled. Diese will nun eine Klage prüfen, um die Passagierrechte zu verbessern. (gjo) 9

Mehr Geld für Verbilligung

Nidwalden Überraschung im Landrat: Die Grüne/SP-Fraktion bringt ihren Antrag durch, eine Million Franken mehr für Prämienverbilligungen einzusetzen.

Auf Antrag der Fraktion Grüne/SP sprach der Nidwaldner Landrat gestern äusserst knapp mit 27 zu 26 Stimmen mehr Geld für die Prämienverbilligung. Der Regierungsrat hatte als Zielgrösse 17,2 Millionen budgetiert, dies bei einer Nettobelastung für den Kanton von rund 3 Millionen. Das im schweizerischen Vergleich eher knausrige Verhalten des Kantons sei die einzige nachhaltige Sparmassnahme der vergangenen Jahre, sagte Regula Wyss (Grüne, Stans). «Der Kanton hat auf dem Buckel des unteren Mittelstandes gespart.»

Sie forderte, den Budgetposten um eine Million Franken aufzustocken. Unterstützung erhielt die Linke vor allem von Seiten der

«Der Kanton hat auf dem Buckel des unteren Mittelstandes gespart.»

Regula Wyss
Landrätin Grüne, Stans

CVP. Für 2018 hatte Nidwalden für die Prämienverbilligung 15 Millionen Franken budgetiert.

Fünf neue Stellen für die Polizei

10,5 Stellen oder rund 900 000 Franken beantragte die Regierung im Rahmen der Leistungsauftragserweiterungen. Die Hälfte der neuen Stellen entfällt auf die Polizei. Diese erhält zwei Stellen für die Front, also für die Verkehrs- und Sicherheitspolizei, und zwei neue Stellen für die Kriminalpolizei. Diese braucht vor allem wegen der Internetkriminalität Verstärkung. Auch die personelle Bestückung in der Notrufzentrale wird ausgebaut. Opposition kam von der SVP, die nur vier

zusätzliche Stellen bewilligt haben wollte. Urs Amstad (SVP) wies auf eine geplante Zusammenlegung der Einsatzzentralen mit Luzern und Nidwalden hin und dass dann die zusätzliche Stelle des Zentralisten vielleicht nicht mehr benötigt werde. Zudem sei in der Vergangenheit ein kleinerer personeller Ausbau in Aussicht gestellt worden.

Regierungsrätin Karin Kayser verteidigte den Stellenausbau im beantragten Ausmass. Es gehe darum, dass sich die Nidwallerinnen und Nidwaldner sicher fühlen könnten.

Der Landrat lehnte schliesslich mit 41 zu 13 Stimmen eine Kürzung des Stellenausbaus bei der Polizei ab. (sda/mu) 19/23

Die Schnäppchenjagd kann beginnen



Black Friday Morgen findet weltweit der grösste Ausverkauf des Jahres statt. Doch schon jetzt überbieten sich die Detailhändler mit teils irrsinnigen Rabatten. Experten sind deshalb überzeugt, dass sie damit nur verlieren. Besonders weh tue dies, wenn das Geschäft durch die Onlinekonkurrenz ohnehin schon stocke. 12

Bild: Pius Amrein (Luzern, 21. November 2018)

Kommentar

Fehlendes Sensorium

Die Geschichte um den UNO-Migrationspakt ist um ein Kapitel reicher. Vor sechs Wochen entschied der Bundesrat, dem Pakt zuzustimmen. Gestern nun teilte er mit, nicht an die Unterzeichnungszereemonie nach Marrakesch zu fahren. Und dies, obschon er das Abkommen immer noch richtig findet.

Diese Position kann man als widersprüchlich bezeichnen, tatsächlich hatte der Bundesrat aber keine andere Wahl. Auch wenn die Unterzeichnung rein rechtlich gesehen in seine Kompetenz fällt: Der Widerstand im Parlament gegen den Pakt ist zu gross. Zudem hält das Gesetz fest, dass die Landesregierung die zuständigen Kommissionen zu «wesentlichen Vorhaben» im Bereich der Aussenpolitik konsultieren muss. In Bezug auf den UNO-Migrationspakt kam die Konsultation zu spät. Zuwanderung ist ein heikles Thema. Dem Bundesrat fehlte schlicht das nötige Sensorium.

Wie schon bei den Kriegsmaterialexporten hat er die Stimmungslage völlig falsch eingeschätzt. Innert kürzester Zeit hat das Parlament den Bundesrat ein zweites Mal zurückgepfiffen. Man kann dies als Ausdruck einer lebhaften Politikultur sehen. Oder aber als Beweis dafür, dass der Bundesrat in seiner derzeitigen Zusammensetzung mit seinen Positionen im Parlament nicht durchdringt.

Das Parlament soll nun in aller Ruhe die Vor- und Nachteile des Migrationspaktes abwägen. Ob die Diskussion nach der Abstimmung über die Selbstbestimmungs-Initiative allerdings sachlicher wird, darf bezweifelt werden. Das Thema wird noch ein paar Monate aktuell bleiben. Die SVP kann die Diskussion um den Migrationspakt also ins Wahljahr retten.

Doris Kleck
schweiz@luzernerzeitung.ch